

# Solidarität mit Castro

## Tausende Kubaner protestieren vor US-Botschaft gegen Kriminalisierung des Expräsidenten

Von Volker Hermsdorf

Der Widerstand gegen imperialistische Interventionen und äußere Bedrohungen hat in Kuba eine lange Tradition. Auch an diesem Freitag morgen versammelten sich Tausende Menschen auf der »Antiimperialistischen Tribüne José Martí« vor der US-Botschaft in Havanna, um die jüngste Aggression der US-Regierung zurückzuweisen und ihre Unterstützung für Revolutionsführer Raúl Castro zu bekräftigen. Die Kundgebung richtete sich gegen den Versuch Washingtons, den Expräsidenten zu kriminalisieren und die seit Jahrzehnten andauernde Wirtschaftsblockade weiter zu verschärfen. Parallel zu einer Anklage des US-Justizministeriums gegen Castro hatte das Pentagon den atomgetriebenen Flugzeugträger »USS Nimitz« in die Karibik verlegt.

»Die Helden des Vaterlands verdienen Respekt – unsere Geschichte und Traditionen werden nicht ohne Antwort beleidigt«, betonte Präsident Miguel Díaz-Canel in einem Aufruf zur Kundgebung. Die Revolutionsregierung Kubas verurteilte zugleich die Anklage gegen Castro wegen Mordes als »verabscheuungswürdigen und schändlichen Akt politischer Provokation«, der auf einer falschen Darstellung des Abschusses zweier Flugzeuge der Terrororganisation »Brothers to the Rescue« im Jahr 1996 beruhe. Die Regierung verwies auf mehr als 25 vorsätzliche Verletzungen des kubanischen Luftraums durch diese Gruppe und auf zahlreiche formelle Beschwerden, die Havanna deswegen bei der US-Luftfahrtbehörde und dem Außenministerium eingereicht hatte – Warnungen, die Washington bewusst ignoriert habe.

»Ja, Raúl kann beschuldigt werden«, erklärte Premierminister Manuel Marrero. »Beschuldigt, würdig zu sein, bescheiden, standhaft und fidelistisch.« Auch der Staatsrat der Republik verurteilte im Namen der Nationalversammlung die »niederträchtige Anschuldigung« und wies die jüngsten Exekutivverordnungen von US-Präsident Donald Trump zurück, die die einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen die kubanische Bevölkerung weiter verschärfen. Der Direktor für Völkerrecht im Außenministerium, Yusnier Romero, prangerte an, dass die USA das Prinzip der souveränen Gleichheit offen verletzen, indem sie sich eine universelle Gerichtsbarkeit anmaßen.

Während sich die Kräfte der Landesverteidigung auf eine Invasion vorbereiten und die Bevölkerung für die Unabhängigkeit ihres Landes demonstriert, wächst zugleich die internationale Unterstützung. China und Russland weisen die gegen Castro erhobenen US-Anklagen scharf zurück und verurteilen sie als Ausdruck einer extraterritorialen Rechtspolitik und politischer Einmischung. Beide Staaten forderten Washington auf, Drohungen und einseitige

Maßnahmen zu unterlassen, und betonten ihre Solidarität mit Kuba in Fragen der Souveränität und des internationalen Rechts.

Parallel dazu verschärft sich die militärische Dimension der Drohungen. Trump bestritt zwar, dass die Entsendung der »Nimitz« zur Einschüchterung Kubas erfolgt sei, doch die aus Begleitschiffen, Luftgeschwadern und Versorgungseinheiten bestehende Kampfgruppe ist Teil einer verstärkten US-Militäraktivität in unmittelbarer Nähe zur Insel. Laut der spanischen Nachrichtenagentur *Efe* wurden gleichzeitig Hunderte US-Soldaten aus Puerto Rico »zu Ausbildungs- und Spezialeinsätzen in nicht näher benannte Einsatzgebiete« entsandt. Puerto Rico fungierte bereits in den vergangenen Monaten mehrfach als Ausgangspunkt regionaler US-Militäroperationen. Kurz nachdem Trump die Entsendung des Flugzeugträgers heruntergespielt hatte, bezeichnete Außenminister Marco Rubio Kubas Expräsidenten als »Flüchtigen der US-Justiz«. Ein auf der Website des Weißen Hauses veröffentlichtes Plakat sorgt zusätzlich für internationale Kritik. Darauf werden vier Personen als »Feinde Amerikas« dargestellt, die durch Maßnahmen der Trump-Regierung »ausgeschaltet« worden seien, darunter auch Raúl Castro und der venezolanische Präsident Nicolás Maduro.

In Kommentaren der mexikanischen Tageszeitung *La Jornada* wird die Entwicklung als Teil einer gefährlichen Eskalation beschrieben, in der Medienkampagnen, juristische Schritte und militärische Aufmärsche ineinandergreifen. Der Fall Castro werde genutzt, um ein neues politisches Narrativ zu etablieren, das Kuba als strategische Bedrohung konstruiere, um weitergehende Maßnahmen zu legitimieren. Die Zeitung warnt vor derartigen Eskalationsmustern, die nicht nur die Region gefährdeten, sondern auch die Grundlagen des internationalen Rechts zerstören würden.

<https://www.jungewelt.de/artikel/523035.unblock-cuba-solidarität-mit-castro.html>